



Zählgemeinschaftsvereinbarung zwischen

**SPD Kreisverband Charlottenburg Wilmersdorf und
Fraktion in der BVV Charlottenburg Wilmersdorf und
Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf und
Fraktion in der BVV Charlottenburg Wilmersdorf**

(5. Wahlperiode)

Zur Wahl der Mitglieder des Bezirksamtes und zu kommunalpolitischen Schwerpunkten und Aufgaben für die Arbeit in der 5. Wahlperiode der Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf wird folgendes vereinbart:

PRÄAMBEL

Die Zählgemeinschaft von SPD und Bündnis 90/Die Grünen richtet ihre Bezirkspolitik am Leitbild sozialer Gerechtigkeit, Toleranz und nachhaltiger Zukunftsgestaltung aus.

Charlottenburg-Wilmersdorf ist ein weltoffener und vielfältiger Bezirk mit 334.000 Einwohner*innen. Die City West ist Berlins westliches Stadtzentrum und ein bedeutender Standort für Wirtschaft und Handel, Tourismus und Wissenschaft. Wir unterstützen die ansässige Wirtschaft und die Ansiedlung neuer Unternehmen. Wir wollen die Chancen nutzen, die die Zuwanderung von neuen Bürger*innen und die Zunahme der Erwerbstätigkeit für unseren Bezirk bietet.

Charlottenburg-Wilmersdorf soll denen, die hier im Bezirk schon länger leben, ebenso wie denen,

die neu zu uns kommen, eine lebenswerte Heimat bieten. Die Lebensqualität im Bezirk zu sichern und weiter zu verbessern ist unser Auftrag. Dabei ist uns die Integration derer, die zu uns geflüchtet sind, ein besonderes Anliegen.

Das Erhalten und Schaffen von bezahlbarem Wohnraum und die Investition in Schulen und Kitas sowie Straßen, Plätze und Grün sehen wir als vordringliche Aufgabe der neuen Wahlperiode. Die Kultur der Bürgerbeteiligung wollen wir weiterentwickeln und stärken. Auf Bezirksebene werden wir uns bestmöglich dafür einsetzen, die öffentlichen Dienstleistungen und die Personalausstattung zu verbessern.

Die rot-grüne Zählgemeinschaft engagiert sich für den sozialen Zusammenhalt unserer Stadtgesellschaft und stellt sich gegen jegliche Form von verbaler und physischer Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung. Gemeinsam mit der großen Mehrheit der Bürger*innen stellen wir uns gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenhass und werben für ein demokratisches und respektvolles Austragen von Konflikten.

Ressortverteilung im neuen Bezirksamt

Für die Wahl von drei Bezirksamtsmitgliedern wird vereinbart:

- Das Vorschlagsrecht für den Bezirksbürgermeister liegt auf Seiten der SPD. Beide Fraktionen melden den vorgeschlagenen Kandidaten als Zählgemeinschaft zur Wahl an.
- Bündnis 90/Die Grünen und SPD schlagen je ein weiteres Bezirksamtsmitglied vor. Die Zählgemeinschaftspartner stellen die Wahl dieser drei Kandidat*innen durch ihre Fraktionen sicher.

Die Bezirksamtsmitglieder übernehmen im Bezirksamt folgende Ämter:

- SPD: Bürgermeister mit Serviceeinheit Personal und Finanzen, Wirtschaftsförderung, Rechtsamt, Steuerungsdienst, IT-Service, Sozialraumorientierte Planungskoordination, Pressestelle, Datenschutzbeauftragte*r, Behindertenbeauftragte*r, Integrationsbeauftragte*r, Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte und Beauftragte*r für Partnerschaften
- sowie Ämter für Jugend, Schule und Sport, Weiterbildung und Kultur
- Bündnis 90/Die Grünen: Ämter für Stadtentwicklung mit Stadtplanung, Straßen- und Grünflächen, Umwelt und Naturschutz, Serviceeinheit Facility Management, Europabeauftragte*r und Stabsstelle Nachhaltigkeit

KOMMUNALPOLITISCHE SCHWERPUNKTE

FINANZEN, PERSONAL UND VERWALTUNG, WIRTSCHAFT

1. Finanzen

Die Zählergemeinschaftspartner sind sich einig über die Notwendigkeit einer auskömmlichen Finanzierung, die der Bezirkspolitik wieder Gestaltungsspielräume eröffnet. Wir werden auch weiterhin bei knappen Ressourcen für einen ausgeglichenen Haushalt arbeiten und dafür, dass der Bezirk die vorhandenen Mittel effizient einsetzt.

Die gemeinsamen Forderungen zu einer Reform der Bezirksfinanzen (Evaluierung und Weiterentwicklung des Systems der Kosten- und Leistungsrechnung, einvernehmliche Ermittlung des Finanzbedarfs durch Land und Bezirke usw.) werden wir gegenüber der Landesebene mit Nachdruck vertreten. Das Ziel einer Kompensation für nicht steuerbare Defizite im Bereich der Infrastrukturkosten wird weiter verfolgt.

Investitionen

Die wachsende Stadt erfordert mehr und systematische Investitionen in die bezirkliche Infrastruktur. Verbunden mit der Forderung nach einer auskömmlichen Finanzierung nehmen wir die Herausforderung an, eine transparente Investitionsplanung zu erarbeiten und möglichst vollständig zu realisieren. Einen Schwerpunkt bilden dabei der Neubau wie die Sanierung von Schulen und Bildungseinrichtungen.

Gerechte Bezahlung

Wir werden uns weiterhin für ausreichende Mittel einsetzen, um die Mitarbeiter*innen und Unternehmen im öffentlichen Auftrag, insbesondere in den bezirklichen Bildungseinrichtungen, angemessen zu bezahlen. Für die freien Träger der Jugendhilfe muss ebenso eine tarifliche Entlohnung gewährleistet sein.

Fördermittel

Für die Realisierung gemeinsam vereinbarter Projekte wird die Zählergemeinschaft dafür sorgen, dass die Bezirksverwaltung sich systematisch um Förderprogramme bewirbt und zur Verfügung gestellte Fördermittel - insbesondere EU-Mittel - für alle geeigneten Bereiche möglichst vollständig abrufen.

Gender Budgeting

Die Zählergemeinschaftspartner werden Gender Budgeting weiter voranbringen und die dazu erforderlichen Mittel von der Senatsverwaltung für Finanzen abfordern.

2. Personal und Verwaltung

Die Zählergemeinschaftspartner fordern vom Senat ein sofortiges Ende des jahrelang erfolgten Personalabbaus. Gegenüber der Landesebene werden wir uns für eine ausreichende personelle Ausstattung der Bezirksamter und eine eigenständige mittelfristige Personalplanung einsetzen, die den Anforderungen der wachsenden Stadt gerecht wird.

Für mehr Leistungen wird der Bezirk wieder mehr Mitarbeiter*innen einstellen. Das Bezirksamt wird dazu ein Personalentwicklungskonzept erarbeiten, das aktuelle Entwicklungen und Prioritäten für den Stellenaufwuchs erkennbar werden lässt. Die Zählergemeinschaftspartner stimmen überein, dass für eine bürger*innenfreundliche Bezirksverwaltung eine weitere Verbesserung der bezirklichen Personalpolitik notwendig ist.

Einstellungsoffensive

Die Zählergemeinschaftspartner sind sich einig, dass die Gewinnung neuen, qualifizierten Personals erheblich beschleunigt werden muss. Neben der Einrichtung eines Bewerbungsbüros und dem Einsatz eines elektronischen Bewerbungsmanagements (E-Recruiting) werden wir für schnellere und gezielte Stellenbesetzungen die gegenwärtigen Verfahren evaluieren und Potenziale für eine schnellere Personalgewinnung sowohl bei der zentralen Serviceeinheit als auch dezentral in den Fachabteilungen konsequent nutzen.

Ausbildungsoffensive

Die Ausbildungsquote in der Bezirksverwaltung wollen wir erhöhen. Nach ihrer Ausbildung wird für die Auszubildenden gemeinsam mit dem Personalrat eine unbefristete Übernahme verbindlich geprüft.

Personalmanagement

Angesichts der Altersstruktur und dem damit verbundenen Verlust an Mitarbeiter*innen werden wir den Aufbau eines gezielten Personalmanagements weiterführen. Gute Arbeit und Arbeitsbedingungen sind für uns wesentliche Elemente einer funktionierenden Verwaltung. Zu einer bürger*innen- und familienfreundlichen Verwaltung gehören für uns ein effektives

Gesundheitsmanagement, Barrierefreiheit in allen Bereichen, flexible Arbeitszeiten und eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, ein aktives Wissensmanagement sowie motivierende Arbeitsbedingungen und mehr Anerkennung für die Mitarbeiter*innen. Gemeinsames Ziel ist die Entwicklung des Bezirksamts zu einem attraktiven Arbeitgeber für potenzielle Bewerber*innen.

E-Government

In enger Zusammenarbeit mit der Landesebene werden wir die IT-Organisation und -Ausstattung im Bezirksamt verbessern. Dazu gehören eine grundlegende Modernisierung der Verwaltungsabläufe und die Ausweitung des Online-Angebots. Mit der weitreichenden Umstellung auf E-Government wollen wir die Mitarbeiter*innen entlasten und Verwaltungshandeln effizienter machen.

Wartezeiten verkürzen

Innerhalb der kommenden Wahlperiode werden wir die Bearbeitungs- und Bewilligungszeiten bei unterstützenden Leistungen wie z.B. Elterngeld, Grundsicherung und BAföG wesentlich reduzieren. Die Vorlaufzeiten für Bürgeramtstermine werden wir ebenfalls spürbar verkürzen und ihre Kalkulierbarkeit verbessern.

3. Wirtschaft

Die Zählgemeinschaftspartner wollen den Wirtschaftsstandort City West stärken. Dazu gehört die zentrale Rolle des Bereichs Wirtschaftsförderung als Ansprechpartner für die Unternehmen im Bezirk. Eine personelle Aufstockung halten wir für notwendig.

Der Bezirk soll Anlaufstelle für die Unterstützung und Vernetzung innovativer kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) im Bezirk sein. Dazu gehört für uns auch die Förderung der Kultur- und Kreativwirtschaft und des Handwerks. Die Innovationsfähigkeit und die Bindung von Fachkräften im Bezirk werden wir aktiv fördern.

Gründer*innen fördern

Die vielen Gründer*innen im Bezirk wollen wir weiter unterstützen und den Bereich des Campus Charlottenburg weiterentwickeln. Im Rahmen der „Startup-City West“ werden wir junge und etablierte Unternehmen im Bezirk vernetzen. Das Unternehmerinnen-Centrum West (UCW) werden wir erhalten.

Nachhaltiges Wirtschaften

Der Bezirk fördert Initiativen für nachhaltiges Wirtschaften (Fair Trade, Repair-Cafés). Investitionen sozial, ökologisch und kulturell innovativer Unternehmen, die die Wirtschaftsstruktur im Bezirk stärken, werden von uns unterstützt.

Berliner Mischung

Gewerbliche Standorte in den Quartieren des Bezirks wollen wir erhalten und weiterentwickeln. Dafür werden wir die Potenziale neuer Geschäftsmodelle und durch Industrie 4.0 für ein gemeinsames Wohnen, Leben und Arbeiten identifizieren und gezielt nutzen.

Vergabepolitik

Das bezirkliche Beschaffungswesen und die Auftragsvergabe an private Unternehmen soll sich grundsätzlich an sozial-ökologischen Kriterien ausrichten. Durch die Bündelung von Ausschreibungsverfahren werden wir die Transparenz erhöhen. Die Kontrolle von Vergabeentscheidungen wollen wir erleichtern, u.a. durch regelmäßige Vergabeberichte des Bezirksamts. Die Auswahlmöglichkeiten des Bezirks dürfen auch durch geplante Freihandelsabkommen nicht eingeschränkt werden.

Zentrenkonzept

Für den Erhalt und die Weiterentwicklung der Nahversorgung vereinbaren die Zählgemeinschaftspartner die Erstellung eines bezirklichen Einzelhandels- und Zentrenkonzepts. Wir werden die Geschäftsstraßen im Bezirk stärken; in diesem Sinne unterstützen wir entsprechende Initiativen der Anlieger*innen und die Einrichtung von Immobilien- und Standortgemeinschaften („Business Improvement Districts“). Gemeinsam mit Anwohner*innen und Gewerbe wollen wir uns für einen nachhaltigen Tourismus im Bezirk einsetzen.

Migrantische Unternehmen

Der Bezirk unterstützt die aktive Teilnahme von Migrant*innen am Wirtschaftsleben. In Abstimmung mit dem Berliner Gesprächskreis Migration bei der Senatsverwaltung für Wirtschaft wird das Bezirksamts vermehrt Beratungsleistungen für Migrant*innen anbieten, die Vernetzung und den Anschluss an Unternehmensverbände herstellen, eine verstärkte Ausbildung und Qualifikation unterstützen sowie den Zugang zu Fördermöglichkeiten erleichtern.

Wochenmärkte

Die Wochenmärkte werden wir unter bezirklicher Verwaltung erhalten. Dabei werden wir die einzelnen Standorte einer Überprüfung unterziehen. Wo möglich und erforderlich, werden wir

neue, themenbezogene Konzepte fördern.

STADTENTWICKLUNG UND BAUEN, GRÜNFLÄCHEN, VERKEHR, UMWELT

1. Stadtentwicklung und Bauen

Charlottenburg-Wilmersdorf als City-Bezirk wächst und verändert sich. Aufbauend auf die 2009 erarbeiteten Leitlinien für die City West wollen wir eine soziale und ökologische Baupolitik vorantreiben. SPD und Grüne bekennen sich zu der Notwendigkeit, dass Bauten im Bereich der Infrastruktur und des Wohnungsbaus in sinnvollen Kontexten ermöglicht werden, um den Bedarfen der wachsenden Stadt gerecht zu werden.

Integrierte und vorausschauende Stadtteilplanung

Um neues Wohnen, Gewerbe, Infrastruktur und Grünflächenplanung aufeinander abgestimmt umzusetzen, beabsichtigen wir, Instrumente der vorausschauenden Stadtentwicklungsplanung wie z.B. die Bereichsentwicklungsplanung oder integrierte Stadtteilkonzepte (ISEK) stärker zu nutzen und setzen uns beim Land für die erforderlichen Mittel ein.

Baupolitik für die wachsende Stadt: sozial und ökologisch

Bezahlbares Wohnen soll im Bestand soweit wie möglich gesichert und bei Neubau zusätzlich geschaffen werden. Dabei sollen städtische Verdichtung und die Entwicklung und Gestaltung von Freiräumen möglichst im Gleichgewicht erfolgen. Zusätzliche Versiegelungen sollen durch kompensatorische Grünmaßnahmen ausgeglichen werden.

Wohnungsbaupotenzialanalyse

Um im Bezirk weiteren Wohnungsbau sinnvoll zu steuern und sozial verträglich zu realisieren, soll eine Wohnungsbaupotenzialanalyse erarbeitet werden. Hierfür sind Mittel des Landes zu akquirieren.

Milieuschutz

Milieuschutz-Satzungen werden überall dort, wo es rechtlich möglich ist, erlassen. Dies gilt kurzfristig für die bereits als geeignet eingestuften Gebiete Mierendorffinsel und Richard-Wagner-Quartier/Gierkeplatz. Sobald eine erneute Milieuschutz-Evaluation für den Bezirk möglich ist, streben wir die Ausweisung weiterer Schutzgebiete an, wobei den im Grobscreening identifizierten Gebieten der vorrangige Fokus gehört.

Umgang mit Bebauungs-Plänen und Befreiungen

Für die Schaffung von Baurecht hat die Erstellung von Bebauungsplänen bei Bauvorhaben entsprechender Größenordnung in der Regel Vorrang vor der Erteilung von planungsrechtlichen Befreiungen. Die BVV wird so rechtzeitig wie möglich über Befreiungen vom geltenden Planungsrecht informiert.

Das Berliner Modell der kooperativen Baulandentwicklung wird wo möglich und sinnvoll angewendet. Die rot-grüne Zählgemeinschaft erarbeitet gemeinsam einen Kriterienkatalog für städtebauliche Verträge im Rahmen von B-Plan-Festsetzungen und Befreiungen, der sowohl soziale Aspekte (Anteil bezahlbarer Wohnraum, soziale Infrastruktur) enthält, als auch ausreichend ökologische Aspekte und kompensatorische Grünmaßnahmen. Auch für Bauvorhaben in Kern- und Mischgebieten streben wir einen Wohnanteil von mindestens 25% an. Die Arbeitshilfe „Gender Mainstreaming (GM) in der Bauleitplanung“ wird angewendet.

Denkmalschutz und Denkmalbeirat

Die erfolgreiche Arbeit des Denkmalbeirats in seiner Zusammensetzung aus fachlichen Experten, Vertretern der BVV und der Verwaltung wird fortgesetzt und wie bisher an die Arbeit des Stadtentwicklungsausschusses gekoppelt.

Bürgerbeteiligung und Vorhabenliste

Für den Bezirk werden verbindliche Verfahren für die Bürgerbeteiligung erarbeitet. Als erster Schritt soll zur elektronischen Bürgerinformation eine ‚Vorhabenliste‘ für alle öffentlichen Bauvorhaben, Bauvorhaben mit mehr als 50 Wohneinheiten und für Projekte von übergeordneter städtebaulicher Bedeutung im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten stufenweise aufgebaut werden.

Darüber hinaus soll eine Arbeitsgemeinschaft unter Teilnahme von repräsentativ ausgewählten Bürger*innen, Bezirksverordneten und Verwaltung eingerichtet werden mit dem Ziel, bezirkliche Leitlinien für Beteiligungsverfahren zu erarbeiten.

Bezirkliche Liegenschaften

Soweit Bezirks-Liegenschaften für neue Nutzungen geeignet erscheinen, sollen sie vorrangig für bezahlbaren Wohnungsbau oder soziale Infrastruktur (incl. Grün/Freiflächen) vorgesehen werden. Im Verfahren der Clusterung werden die bezirklichen Vorschläge zur Verwendung und Kategorisierung der Liegenschaften in einem transparenten Verfahren mit der BVV abgestimmt.

Ankaufsfonds für Vorkaufsrechte

Die rot-grüne Zählgemeinschaft wird sich beim Senat dafür einsetzen, einen Ankaufsfonds zur Verfügung gestellt zu bekommen, um die bezirklichen Vorkaufsrechte nutzen zu können.

Bezirkliches Einzelhandels- und Zentrenkonzept

Es wird ein Einzelhandels- und Zentrenkonzept erstellt, um die Einzelhandelsansiedlung planerisch steuern zu können und die Nahversorgung zu verbessern. Wo notwendig, soll auch die Binnendifferenzierung in übergeordneten Zentren sinnvoll gesteuert werden.

Masterplan City West

Die vom Senat angekündigte Erarbeitung eines Masterplans für den Bereich rund um den Bahnhof Zoo/Hertzsallee/Fasanenstraße soll in einem kooperativen Verfahren mit dem Bezirk erfolgen und die betroffenen Nutzer*innen, insbesondere die Hochschulen des Campus Charlottenburg, ebenso wie die bürgerschaftliche Öffentlichkeit einbeziehen.

Gerhart-Hauptmann-Park

Der Gerhart-Hauptmann-Park bleibt als qualifizierte Grün- und Naherholungsfläche erhalten. Die Erweiterung des Parks mit der Umsetzung des aktuell von der Bürgerinitiative initiierten Planungskonzepts anstelle der Parkpalette mit einem Ersatzbau für das Spiegelzelt wird weiter unterstützt. Der Spielbetrieb des Hauses der Berliner Festspiele darf nicht gefährdet werden. Favorisiert wird dabei der Erwerb der Investorengrundstücke durch den Bund.

Ku'damm-Karree: Erhalt mindestens eines Theaters

Der Bezirk setzt sich für die Aufnahme des Theaterbetriebes in die Kulturförderung des Landes Berlin ein. Die Sicherung des Ku'damm-Karrees als Theaterstandort hat oberste Priorität. Dabei wollen wir ein Theater möglichst im Bestand erhalten. Die geplanten städtebaulichen Verbesserungen können nur auf der Grundlage eines Bebauungsplanverfahrens genehmigt werden. Eine Zustimmung zu einem Bebauungsplan wird nur erfolgen, wenn auch eine geeignete Zwischenlösung für den Theaterbetrieb geklärt ist.

Ortsverträgliche Entwicklung des ehem. Güterbahnhofs Grunewald

Für dieses Gelände sollen in Verbindung mit der AVUS-Nordkurve die Erschließungsbedingungen und seine Eignung als Entwicklungsmaßnahme geprüft werden, wobei überdimensionierte Monostrukturen ausgeschlossen werden sollen. Die Möglichkeiten einer Grünverbindung in Anknüpfung an den Westkreuzpark sind mit zu untersuchen.

Werkbundstadt

Bei der Umsetzung des städtebaulichen Vertrages ist insbesondere darauf zu achten, dass sowohl der vom Werkbund vorgesehene 30%ige Anteil von bezahlbarem Wohnraum gemäß des Berliner Modells der kooperativen Baulandentwicklung umgesetzt wird, als auch ökologische Aspekte eingefordert werden, die z.B. zum örtlichen Zukunftsprojekt „Nachhaltige Mierendorffinsel“ passen.

Stadtteilmanagement Mierendorffinsel, Charlottenburg-Nord (ISEK)

Das Stadtteilmanagement in den Quartieren Mierendorffinsel und Charlottenburg-Nord wird fortgesetzt, neue Entwicklungen (wie z.B. die Einrichtung von Milieuschutz auf der Mierendorffinsel und ISEK in Charlottenburg-Nord) sind angemessen zu integrieren und vernetzen.

2. Grünanlagen und Stadtplätze

Öffentliche Grünanlagen wollen wir in ihrer Naturqualität verbessern. Wir bemühen uns auf Landesebene um mehr Mittel für eine bessere Pflege von Grün und Straßenbäumen.

Unterstützung und Beratung für ‚Urban Gardening‘

Wir wollen das bürgerschaftliche Engagement für urbanes Gärtnern unterstützen, organisatorische Hilfe für ehrenamtliche Grünpflege geben und die Vernetzung von Kleingärten mit Schulen und Stadtteilnachbarschaft stärken. Das Projekt „Essbarer Bezirk“ wird vorangetrieben.

Westkreuzpark

Die Bahnbrachen zwischen Westkreuz, Rönne-, Heilbronner und Holtzendorffstraße sollen nicht nur durch eine öffentliche Durchwegung erschlossen werden, sondern auch als zusammenhängende Westkreuzpark-Fläche unter Einbeziehung der Kleingärten entwickelt werden. Hierfür sollen zur Verfügung stehende Mittel des Landes Berlin eingeworben werden, um die bereits für die Wegführung eingeplanten bezirklichen Mittel zu ergänzen. Eine Entwicklung als Wohnungsbau- oder Gewerbestandort wird abgelehnt.

Stadtplätze

In den unterschiedlichen Quartieren wollen wir die Stadtplätze sukzessive umgestalten und mit größerer Aufenthaltsqualität versehen. Dies gilt insbesondere für den Olivaer Platz, wo wir das Ergebnis des Runden Tisches umsetzen wollen, und für den Bundesplatz, wo wir langfristige Umgestaltungen des Verkehrsraums anstreben und – u.a. den stadtverträglichen Umbau der Bundesallee – prüfen werden.

Beim Adenauerplatz/südliche Wilmersdorfer Straße streben wir an, im Rahmen des geplanten Bauvorhabens eine Reduzierung des Durchgangsverkehrs und Aufwertung der Aufenthaltsqualität zu erreichen. Die Planung zur Aufwertung des Hardenbergplatzes als Stadtplatz und Eingang zum Zoo mit verbesserten Umsteigebeziehungen des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) wollen wir baldmöglichst umsetzen. Der Bau einer Tiefgarage für private Stellplätze (ob privat oder öffentlich) wird abgelehnt. Stattdessen ist hier der Bau von kompakten Fahrradstellplatzanlagen erforderlich. Die Neugestaltung des Platzes darf nicht zu einer Privatisierung des öffentlichen Raumes führen. Die Aufenthaltsqualität des Ernst-Reuter-Platzes soll durch eine bessere Erreichbarkeit der Insel erhöht werden. Der Radverkehr wird in beiden Richtungen um den Platz geführt.

Bei der Gestaltung der Stadtplätze sollen die Anlieger*innen und Nutzer*innen einbezogen werden.

Straßenbenennung

Straßen und Plätze werden grundsätzlich nach Frauen be- und umbenannt. Über Ausnahmen entscheiden die Fraktionen der Zählgemeinschaft einvernehmlich.

3. Verkehr

Wir wollen nachhaltige Mobilität für alle gewährleisten. Das erarbeitete bezirkliche Verkehrskonzept wird weiterentwickelt.

Moderne Mobilität für alle

Wir wollen den Verkehr im öffentlichen Raum zugunsten von Fuß- und Radverkehr und ÖPNV fördern. Für zu Fuß Gehende wollen wir ausreichend Raum, Aufenthaltsqualität wie sichere barrierefreie Querungen. Am europaweiten autofreien Tag wollen wir teilnehmen.

Nachhaltige Mobilitätserziehung

Wir wollen ein Pilotprojekt „Zur Schule zu Fuß und mit dem Fahrrad“ auf den Weg bringen. Für die nachhaltige Mobilitätserziehung werden die Jugendverkehrsschulen zu Bildungseinrichtungen für moderne multimodale Mobilität entwickelt.

Fahr-Rat fürs Fahrrad

Die erfolgreiche Arbeit des bezirklichen Fahr-Rats wird fortgeführt: Wir wollen die Fahrradrouten

weiter zu einem Netz im und zu anderen Bezirken zusammenfügen, die Fahrradstraße(n) weiterentwickeln und den Durchgangsverkehr in der Prinzregentenstraße vermeiden. Wir setzen uns für Fahrradparkhäuser u.a. am Bahnhof Zoo sowie für mehr Fahrradabstellanlagen im öffentlichen Raum ein. Dabei wollen wir auch Lastenräder berücksichtigen.

Weniger Lärm und Abgase

Lärm und Abgase sollen reduziert werden. Dafür sind weitere verkehrsberuhigte Zonen und Begegnungszonen zu prüfen. Die Anregungen aus dem Lärminderungsplan wollen wir aufgreifen, weiterentwickeln und möglichst umsetzen.

Car-Sharing und E-Mobility

Wir wollen die Elektromobilität mit erneuerbaren Energien im Bezirk etablieren und unterstützen hierbei E-Car-Sharing, E-Fahr- und E-Lastenräder.

4. Umwelt-, Natur- und Klimaschutz und Bildung für Nachhaltigkeit

Praktische Schritte in Richtung Nachhaltigkeit, Klima- und Umweltschutz sollen ein deutlich stärkeres Gewicht bekommen. Der Senat hat das Ziel Klimaneutrales Berlin bis 2050 ausgegeben und Deutschland hat sich zur Unterstützung des Paris-Prozesses verpflichtet.

Handlungskonzept für Nachhaltige Entwicklung Charlottenburg-Wilmersdorf

Für den Bezirk wird eine ressortübergreifende „Nachhaltigkeitsstrategie Charlottenburg-Wilmersdorf“ erarbeitet, auf deren Grundlage praktische Schritte umgesetzt und koordiniert werden. In Verbindung damit soll insbesondere auch die UN-Dekade für nachhaltige Bildung praktische lokale Umsetzung erfahren. Dafür wird im Bereich der für das Umweltamt zuständigen Abteilung eine Stabsstelle „Bildung für nachhaltige Entwicklung und Umsetzung der Paris-Beschlüsse“ gebildet.

Klima- und umweltverträgliches Bauen

Wir setzen uns verstärkt für energetisch innovative Bauvorhaben ein. Bei Neubau und Modernisierung öffentlicher Gebäude soll mindestens Niedrigenergiestandard erreicht werden, wobei auf Baukultur und Denkmalschutz Rücksicht genommen werden muss. Die Vorgaben des Senats zur Ausstattung von Dächern öffentlicher Gebäude mit Solaranlagen sollen umgesetzt werden. Der Bau von Tiefgaragen unter Grünflächen soll weitgehend verhindert werden.

Nachhaltige Stadtteilprojekte

Der Bezirk unterstützt ökologische Modellvorhaben in einzelnen Stadtteilen. Dies gilt für die Bewohner-Initiative für energieautarke Quartiere in Eichkamp und Heerstraße Nord, für das Energiemanagement auf der Mierendorffinsel und für die Fortsetzung des Klimamanagements im Ökokiez Klausenerplatz. Soweit sich Finanzmittel auftun, wollen wir auch das Modellprojekt Klimabüro zur Beratung von Bürgerprojekten neu beleben.

Die für den Bereich Halemweg geplanten Wohnungs- und Infrastrukturbauvorhaben sollen ebenfalls Modellcharakter für sozial-ökologische Nachhaltigkeit bekommen.

Gewässerqualität

Wir setzen uns für die Verbesserung der Wasserqualität der Grunewaldseenkette und des Lietzensees ein. Im Dialog mit der Bürgergesellschaft wollen wir über die Entlastung des Grunewaldsees als Hundenauslaufgebiet verhandeln.

SCHULE, JUGEND UND FAMILIE, SPORT, KULTUR UND WEITERBILDUNG

1. Schule, Jugend und Familie

Familien fördern

Wir werden Kitaplätze ausbauen; dabei gewährleisten wir frühzeitige Förderung, Qualitätsverbesserung und inklusive Bildung.

Den Pflegekinderdienst erhalten wir in öffentlicher Trägerschaft. Wir gewährleisten den Kinderschutz und sichern verlässliche und einzelfallbezogene Hilfen zur Erziehung. Kinderarmut wirken wir entgegen. Für Alleinerziehende schaffen wir effektive Unterstützungsstrukturen.

Die Kinderferienprogramme „Kinder in Luft und Sonne“ und „Kirchvers“ wollen wir erhalten, evaluieren und weiterentwickeln. Das Nutzungskonzept Jungfernheide wird weiterentwickelt inklusive des Neubaus einer Kita.

Den Aufbau eines Familienservicebüros im Bezirk werden wir prüfen.

Gemeinsam lernen

Die Inklusion werden wir an Kitas, Schulen und in Jugendeinrichtungen voranbringen, das

schulpsychologische und inklusionspädagogische Beratungs- und Unterstützungszentrum (SIBUZ) unterstützen, bei der Gebäudesanierung die Barrierefreiheit gewährleisten.

Wir werden die Vielfalt der Schullandschaft in Charlottenburg-Wilmersdorf fördern und ausbauen.

Wir werden einen deutlichen Anteil der pauschalen Investitionsmittel für die Schulsanierung und den Schulneubau verwenden.

Wir stärken die Schulwegsicherheit.

Außerschulische Lernorte (Musikschule, Verkehrsschule, Gartenarbeitsschule, Jugendkunstschule) werden wir erhalten und weiter fördern. Eine Kooperation mit dem Bereich Nachhaltige Bildung soll stattfinden.

Die Jugendberufsagentur werden wir begleiten und weiterentwickeln zur Stärkung und Kooperation zwischen den Verwaltungsebenen.

Den Bildungsstandort Halemweg werden wir (in Abstimmung mit dem Land) mit Kita, Familienzentrum, Grundschule und der Anna-Freud-Schule entwickeln. Neuer Wohnungsbau wird dort gleichzeitig mit Infrastruktur geplant, um einen ganzheitlichen und energetisch innovativen Bildungsstandort zu schaffen. Ein Sportflächenausgleich erfolgt am Heckerdamm. Die Bürger*innen werden am Planungsprozess beteiligt.

Jugendbeteiligung und –förderung

Das Kinder- und Jugendparlament werden wir weiter unterstützen, die Instrumente der Jugendbeteiligung werden wir weiterentwickeln.

Wir wollen die Jugendförderung in Charlottenburg-Wilmersdorf stärken. Hierfür werden wir einen Jugendförderplan entwickeln. Wir werden Jugendeinrichtungen in öffentlicher und freier Trägerschaft erhalten. Die Jugendarbeit werden wir internationaler machen.

Wir fördern die Inklusion von Kindern und Jugendlichen aus geflüchteten Familien, insbesondere die Aufnahme in Kitas und die Regelklassen der Schulen. Unbegleitete minderjährige Geflüchtete wollen wir weiter schützen und stärken.

2. Sport

Beim Sport wollen wir die Aspekte Inklusion und Gleichstellung der Geschlechter stärken. Sportanlagen wollen wir erhalten und ausbauen. In öffentlichen Grünanlagen wollen wir die Ausstattung mit Turn- und Bewegungsgeräten verbessern (moderner Breitensport).

Schulen und Vereine sollen stärker vernetzt werden, Vereine sollen im Rahmen der schulischen Ganztagsbetreuung stärker einbezogen werden.

Der Förderpreis Frauen und Mädchen im Sport wird im Bezirk nachhaltig gesichert.

3. Kultur und Weiterbildung

Wir wollen für Charlottenburg-Wilmersdorf ein Leitbild Kultur mit Beteiligung der Bürger*innen entwickeln.

Hinsichtlich der Bibliotheken bleiben wir beim dezentralen Konzept, die Bibliotheksstandorte wollen wir zu Kieztreffpunkten entwickeln.

Für das Schoeler-Schlösschen soll mit Beteiligung der Bürger*innen das Konzept weiter ausgearbeitet werden.

Musikschule und Volkshochschule wollen wir stärken, die Musikschule soll personell aufgestockt werden. Bei der Volkshochschule sollen die Integrationskurse mit Schwerpunkten Demokratie, Gleichberechtigung und Ökologie ausgebaut werden.

SOZIALES, GESUNDHEIT, GLEICHSTELLUNG UND INTEGRATION

1. Soziales

Der soziale Zusammenhalt und die notwendigen sozialen Sicherungen für die Bürger*innen in Charlottenburg-Wilmersdorf sind für uns wesentliche Voraussetzung eines friedlichen Zusammenlebens. Dies betrifft insbesondere diejenigen, deren Lebenssituationen schwer sind und die die Unterstützung der öffentlichen Hand und der Gesellschaft benötigen.

Zentrale Punkte sind hierbei:

Den Zweiten Arbeitsmarkt wollen wir wirksam einsetzen, damit wir diesen auch zukünftig für sinnvolle soziale Projekte im Bezirk nutzen können.

Im Jobcenter soll eine Stelle einer Ombudsperson eingerichtet werden.

Die Mittel für die Schuldner- und Insolvenzberatung werden wir ausschöpfen und weiterhin bereitstellen.

Wir werden die Kältehilfe stärken, Plätze in den Notunterkünften wollen wir bedarfsgerecht bereitstellen und das Instrument des Geschützten Marktsegments wollen wir erweitern.

Ganz gezielt und in Kooperation mit den Einrichtungen werden wir Ursachen von Obdachlosigkeit entgegenwirken, betreute Wohnformen nutzen und dabei besondere Angebote für von Wohnungslosigkeit bedrohte Frauen einrichten.

Wir werden die bezirklichen Seniorenclubs und –treffpunkte erhalten und ihre Vernetzung in den Bezirk weiter befördern.

2. Gesundheit

Den Kinder- und Jugendgesundheitsdienst wollen wir mit Krankenkassen zur Finanzierung weiterer Projekte vernetzen.

Eine zentrale Forderung ist der Ausbau der Drogenberatung und die Schaffung eines Drogenkonsumraums an zentraler Stelle im Bezirk.

Um aktuellen Problemlagen gerecht zu werden, werden wir Fortbildungsangebote für die Mitarbeitenden in den Unterkünften Geflüchteter zum Thema Drogenkonsum anbieten.

3. Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit

Entgegen mancher öffentlicher Äußerungen sind wir davon überzeugt, dass die Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen in der Gesellschaft noch nicht erreicht ist. Auf Grund dieser Überzeugung wollen wir mit den bewährten Instrumenten die Gleichstellung im Bezirk weiter fördern.

Im Bezirk wird Gender Mainstreaming mit der Methode Fachbezogene Gender Analyse (FGA) weiter umgesetzt. Zur Unterstützung werden wir Mittel der zuständigen Senatsverwaltung abfordern.

Das Querschnittsthema Gender Mainstreaming soll in einem Ausschuss weitergeführt werden. Charlottenburg-Wilmersdorf übernimmt das Entgeltgleichheit(Eg)-Check-Verfahren von der Landesebene.

Das Unternehmerinnen-Centrum West (UCW) und das Haus Pangea wollen wir über 2020 hinaus sichern.

4. Toleranz, Integration und Vielfalt

Charlottenburg-Wilmersdorf ist weltoffen, tolerant und gegen jede Form von Diskriminierung und Ausgrenzung.

Die große Unterstützung im Bezirk bei der Aufnahme von Geflüchteten ist eine gute Grundlage für die Integration der Menschen, die bei uns Zuflucht gesucht haben. Dazu gehört auch die schnelle bessere Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften und Wohnungen. Die Unterbringung in Turnhallen und anderen Notunterkünften muss zügig beendet werden.

Die Aufgaben der Integration werden in einem Integrationsbüro gebündelt. Die Mittel aus dem Masterplan Integration und Sicherheit werden im Bezirk zielgerichtet eingesetzt.

Zur Vielfalt im Bezirk gehört für uns, dass wir queeres Leben im Bezirk unterstützen und fördern.

ZUSAMMENARBEIT DER ZÄHLGEMEINSCHAFTSPARTNER

Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben in den vergangenen 15 Jahren rot-grüner Zählgemeinschaft konstruktiv zusammengearbeitet. In Fortsetzung und Verbesserung dieser Tradition wird vereinbart:

- Die Bezirksamtsmitglieder, Fraktionsvorstände und KV-Vorstände treffen sich vierteljährlich zu Koordinationsgesprächen. Der KV-Vorstand und der Fraktionsvorstand der LINKEN

werden in diese Gespräche einbezogen. Die Entwicklung des Bereichs Personal, Finanzen und Verwaltung wird regelmäßiger Tagesordnungspunkt dieser Koordinierungsrunde.

- Entlang dem Zuschnitt der Ausschüsse finden regelmäßige Treffen der Ausschussmitglieder der drei Fraktionen statt (rot-grün-rote Arbeitskreise). Bei Bedarf werden die rot-grünen Bezirksamtsmitglieder in diese Arbeitskreissitzungen einbezogen.
- Die Fraktionsvorstände verständigen sich zum Antragsschluss zur Einbringung gemeinsamer Anträge und stellen die wechselseitige Vorab-Beratung sicher.
- Soweit die Fraktionen oder Teile der Fraktionen ein abweichendes Votum abgeben, werden die Zählgemeinschafts- und Tolerierungspartner vorab informiert.
- Die Zählgemeinschaftspartner werden gemeinsam dafür Sorge tragen, die für die Umsetzung dieser Vereinbarung erforderlichen Personal- und Sachmittel zu erhalten und den jeweiligen Ressorts eine erfolgreiche Aufgabenerfüllung zu ermöglichen.

Berlin, am 14. November 2016

für die SPD Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf

für die SPD BVV-Fraktion Charlottenburg-Wilmersdorf

für Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf

für Bündnis 90/Die Grünen BVV-Fraktion Charlottenburg-Wilmersdorf